

Mehrheit gegen TV-Duell

Eine Mehrheit der Bundesbürger hält nichts von einem Fernseh-Zweikampf zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Unionskandidat Franz Josef Strauß. Wie das Bielefelder Emnid-Institut in einer Umfrage für den SPIEGEL ermittelte, wollen 54 Prozent der Wähler lieber eine TV-Diskussion sehen, an der außer Schmidt und Strauß auch CDU-Chef Helmut Kohl und der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher teilnehmen. Nur 43 Prozent der Befragten sprachen sich für ein Fernseh-Duell Schmidt/Strauß aus. Die Ansichten von SPD- und CDU/CSU-Anhängern unterscheiden sich kaum: Nur 46 Prozent der Unions- und 45 Prozent der SPD-Sympathisanten sind für eine Zweimann-Show, 52 Prozent der CDU/CSU- und 53 Prozent der SPD-Wähler ziehen eine Viererdiskussion vor. CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber sammelt

unterdessen Unterschriften für ein TV-Duell Schmidt/Strauß: 71 800 hat er schon zusammengekratzt.

Nyerere kauft am Kap

Eine Atempause im Kampf gegen Südafrika will Tansanias Staatschef Julius Nyerere einlegen. Um der darbenenden tansanischen Bevölkerung eine Hungersnot zu ersparen, will Nyerere, der bisher kompromißlos den Boykott gegen Pretoria unterstützt hat, Lebensmittel aus dem Apartheid-Staat einführen. Auch Südafrikas Handel mit dem übrigen Afrika floriert. Im laufenden Rechnungsjahr wird sich der Warenaustausch zwischen der Burenrepublik und den afrikanischen Staaten fast verdoppeln. Noch im Juli hatten die Afrikaner auf ihrer Gipfelkonferenz in Sierra Leone die Westeuropäer und Amerikaner verurteilt — wegen ihrer Handelsbeziehungen zu Südafrika.

Staeck wird boykottiert

Unionspolitiker versuchen im ganzen Bundesgebiet, die SPD-Wählerinitiative „Freiheit statt Strauß — Aktion für mehr Demokratie“ des Heidelberger Plakatmachers Klaus Staeck zu behindern. Mehr als 20 Veranstaltungen mußten bereits, so berichtet Staeck, abgesagt werden, weil ihm CDU-geführte Gemeindeverwaltungen die Benutzung von Sälen und Plätzen verweigerten. So verbot der Magistrat der hessischen Stadt Dillenburg einen Informationsstand, der Stadtdirektor im niedersächsischen Helmstedt sperrte ein Jugendzentrum, und im bayrischen Günzburg stornierte der Landrat einen Mietvertrag für einen Saal. In Neu-Ulm klagt die Initiative gegen Oberbürgermeister Peter Biebl, der eine Staeck-Aktion untersagt hat. Im westfälischen Werl zeigten Mitglieder der Jungen Union einige Staeck-Poster zu-

Sühnezeichen Bremen

So einmütig, wie Verteidigungsminister Hans Apel verkündete, war die Entscheidung im Kabinett nicht. Gleich drei Minister — Gerhart Baum, Hans Matthöfer und Jürgen Schmude — erhoben am vergangenen Mittwoch Bedenken gegen die neuen Ehrenzeichen der Bundeswehr.

Doch dann entschieden sie sich, die Bremer Krawalle und die Bundestagswahl vor Augen, schließlich doch für die Dekoration der rechtslastigen Militärs. Nach Tressen und Litzen, Fahnen und Wappen, Tätigkeits-, Sport und Leistungsabzeichen werden nun bald auch Medaillen und Kreuze die einst bewußt schmucklos geplante Montur der Staatsbürger in Uniform zieren.

Die Bundeswehr, kritisierten die FDP-nahen Jungdemokraten bitter, gleiche sich mehr und mehr „alten Vorbildern“ an und nähere sich dem „Erscheinungsbild der Wehrmacht“.

Bundesverdienstkreuze, die jedem Bürger verliehen werden können, genügen den Militärs schon lange nicht mehr. Aber erst der siebte Verteidigungsminister der Republik gab ihnen nach.

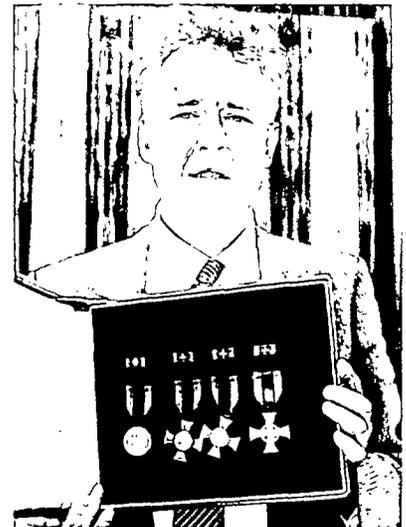
Apels Begründung im Kabinett war denn auch so widerspruchsvoll wie die ganze Aktion Ehrenzeichen. Schmudes Einwand, warum man

selbstverständliche Leistungen mit Orden würdigen müsse, begegnete der Oberbefehlshaber mit dem Argument, ihm gehe es um „Fälle von besonderer Aufopferung“ — als Beispiel nannte er den Piloten, der den Absturz seiner Maschine auf ein Dorf verhindert.

Da solche Fälle nicht gerade zu Tausenden zu erwarten sind, mußte eine zweite Begründung her. Denn Jahr für Jahr sollen, so haben es die Militärbürokraten geplant, 16 000 Ehrenzeichen an die geschwellten Soldatenbrüste geheftet werden. Apel: „Ein nicht zu unterschätzender Motivationseffekt.“

Das wiederum stimmt nur halb. Denn nach den Richtlinien werden an Wehrpflichtige in der Regel nur Medaillen vergeben. Die Kreuze in Bronze, Silber und Gold aber sind Zeit- und Berufssoldaten mit längerer Dienstzeit vorbehalten, die, wie Finanz- oder Polizeibeamte, freiwillig ihren Beruf gewählt haben und deshalb wohl kaum eigens motiviert werden müssen.

Nein, nein, wehrte Apel im Kabinett ab, er wolle „keine Präsenz-Medaillen“, mit der gewissermaßen nur treues Sitzen am Schreibtisch honoriert werde. Aber auch die Demokratie könne auf Zeichen äußerer Anerkennung nicht verzichten. Bundesverdienstkreuze bekomme er



Apel, Bundeswehr-Ehrenzeichen

vom Bundespräsidenten viel zu wenig, nur 800 Stück im Jahr.

Auf die Idee, bei besonderen Anlässen ein paar mehr davon bei Karl Carstens zu bestellen, ist der Verteidigungsminister offensichtlich nicht gekommen. Denn er selbst, nicht gedienter Hamburger Hanseat, lehnt aus Tradition Orden ab. Apel: „Das bleibt auch so.“

In der Bundeswehr haben die metallenen Apel-Kreuze (Stückpreis rund 9 Mark) schon, in zorniger Erinnerung an die Bremer Krawalle, ihren Namen verpaßt bekommen: Sühnezeichen Bremen.